

**3 Weniger Unfälle
im vergangenen Jahr**
Jeder Unfall kostet
die Versicherungen
5627 Franken.

**15 IFA-Veranstaltung mit
vielfältigen Referenten**
Sind die Weichen in der
Praxis der «steuerlichen
Substanz» gestellt?

**19 U21-EM-Qualifikation
Heimspiel gegen Lettland**
Fuchsbichler-Elf will
die ersten Punkte



Freitag, 15. November 2013
136. Jahrgang Nr. 262

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Kommentar

**Liechtenstein:
Vom Sündenbock
zum Musterknaben**



MICHAEL BENVENUTI

Was vor wenigen Jahren noch unvorstellbar war, wird in naher Zukunft auch in Liechtenstein Realität: Der automatische Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten und das damit verbundene Ende des Bankgeheimnisses in seiner bis anhin bekannten Form. Überraschend kommt diese Entwicklung freilich nicht, speziell OECD und EU steuern seit Langem in diese Richtung. Der Regierungsentscheid ist zudem die logische Folge der «Liechtenstein-Erklärung» von 2009, die den Weg für eine Weissgeldstrategie bereitet. Mit dem Bekenntnis zur umfassenden Kooperation in Steuerfragen geht die Regierung Hasler den nach der Zumwinkel-Affäre eingeschlagenen Weg der Transparenz konsequent weiter. Diese Entscheidung wird nicht nur der Reputation des Landes dienlich sein, wie erste wohlwollende Kommentare ausländischer Medien beweisen. Das proaktive Handeln ermöglicht es Liechtenstein ausserdem, die Richtlinien in Sachen Informationsaustausch aktiv mitzugestalten - anstatt diese nur umzusetzen. Natürlich hätte sich die Regierung der internationalen Entwicklung vorerst auch verschliessen können, in der Hoffnung, dass der heimische Finanzplatz vom Status quo noch möglichst lange profitiert. Ob es allerdings Sinn machen würde, die Vergangenheit mit aller Macht bewahren zu wollen, anstatt in die Zukunft zu investieren, darf bezweifelt werden.

mbenvenuti@volksblatt.li

Regierung bekennt sich zum automatischen Datenaustausch

Steuerkooperation In einer gestern präsentierten Erklärung anerkennt die Regierung den automatischen Informationsaustausch als internationalen Standard. Erbprinzip und Wirtschaftsverbände begrüssen diesen Schritt genauso wie die OECD.

VON MARTIN HASLER

«Liechtenstein positioniert sich deutlich zum künftigen globalen Standard eines automatischen Informationsaustausches», kündigte Regierungschef Adrian Hasler vor in- und ausländischen Medien im Regierungsgebäude an. In einer Erklärung sichert Liechtenstein zu, kommende Woche die Multilaterale Konvention über Amtshilfe in Steuersachen zu unterzeichnen. Danach sollen Verhandlungen zur Einführung des automatischen Informationsaustausches insbesondere mit den G-5-Ländern Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Grossbritannien geführt werden; Staaten, für welche diese Form des Datenaustausches nicht infrage komme, biete man einen alternativen Ansatz an, «der zur Sicherstellung ihrer berechtigten Steueransprüche» führe. Zudem sei Liechtenstein bereit, so Regierungschef Hasler weiter, «sich auf Ebene der OECD und des Global Forum aktiv in die Diskussion zur bestmöglichen Umsetzung» einzubringen. Nur eine «aktive und rasche Positionierung, welche den neuen Standards im Bereich der Steuerkooperation Rechnung trägt», könne Liechtenstein den notwendigen Handlungsspielraum und die nötige Zeit verschaffen, um mit den laufenden Veränderungen zurechtzukommen.

Positive Reaktionen

Die Reaktionen auf die Regierungserklärung fielen insgesamt positiv aus. Erbprinz Alois sicherte in einer Stellungnahme seine «volle Unterstützung» zu. Der Prozess in Richtung automatischer Informationsaustausch lasse sich nicht aufhalten: «Daher ist es besser, Klarheit für unsere Kunden zu schaffen und uns insbesondere im Interesse unserer Kunden in den Prozess konstruktiv ein-



Informierten über die Regierungserklärung: SIFA-Leiterin Katja Gey und Regierungschef Adrian Hasler. (Foto: Zanghellini)

zubringen.» Gemäss SDA begrüsst in einer Aussendung der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) Generalsekretär Angel Gurría den Schritt der Regierung: «Liechtenstein hat heute einen sehr bedeutenden Schritt in Richtung vollständiger Transparenz gemacht.» Auch bei den inländischen Wirtschaftsverbänden stiess die Ankündigung auf ein positives Echo. So bekräftigte der Bankenverband in einer Aussendung, eng in die Ausarbeitung der Erklärung eingebunden gewesen zu sein und diese zu begrüßen. Der Versicherungsverband wertete die Erklärung als «weiteren konsequenten Schritt bei der Umsetzung einer nachhaltigen Finanzplatzstrategie». Einzig die Treuhändervereinigung

«Wir gestalten die Entwicklung internationaler Standards aktiv mit.»

ADRIAN HASLER
REGIERUNGSCHEF

zeigte sich verhalten, räumte aber gleichzeitig ein, dass Liechtenstein sich dem Prozess zu mehr Transparenz nicht entziehen könne. Sie erwarte nun, dass die Regierung sich in den anstehenden Verhandlungen «für die berechtigten Interessen des Finanzplatzes und dessen Kunden» einsetzen werde. In einer transparenteren Welt erhalte der Schutz der Privatsphäre «eine zentrale Bedeutung», hiess es vonseiten der Treuhänder weiter.

Kundenperspektive berücksichtigt

Gemäss Katja Gey, Leiterin der Stabsstelle für Internationale Finanzplatzangelegenheiten (SIFA), hat die Kundenperspektive bei der Erarbeitung der Erklärung «eine grosse Rolle gespielt». «Für die Kunden schaffen

wir durch die Neupositionierung einen Mehrwert», bekräftigte sie gestern vor den Medien. Regierungschef Adrian Hasler wollte denn auch nichts von einem Ende des Bankgeheimnisses wissen: Schliesslich gebe es auch im Rahmen des automatischen Informationsaustausches keinen vollen Zugang zu Kundendaten. Zudem sei der Abschluss bilateraler Abkommen an die Erwartung geknüpft, dass die Daten im Partnerstaat vertraulich behandelt würden. Bei entsprechenden Verhandlungen gehe es aber um mehr als nur um den Datenaustausch, sagte Hasler: «Es geht dabei zum Beispiel um Lösungen zur Regularisierung von in der Vergangenheit un versteuerten Vermögen.» Ziel seien zudem Doppelbesteuerungsabkommen sowie die Beseitigung von «rechtlichen und faktischen Diskriminierungen und Marktzugangshindernissen für Liechtenstein».

Seiten 4 und 5

Web-TV

Einzigartiges Web-TV von volksblatt.li:
Aktuelle Filmbeiträge zu Politik, Wirtschaft,
Sport und Kultur



www.volksblatt.li

Zukunftstag CH-FL

Tausende Kinder begleiten Eltern

BERN Am Zukunftstag schauten Kinder den «Grossen» über die Schulter und schnupperten erste Arbeitsluft. Viele Mädchen nutzten die Gelegenheit, um im Rahmen von Spezialprojekten, Einblick in traditionelle Männerberufe zu nehmen. Sie besuchten Betriebe, Bauschulen, Fachhochschulen sowie Universitäten, schauten Technikerinnen, Ingenieurinnen und Informatikerinnen beim Arbeiten zu und durften auch selbst Hand anlegen. Buben erhielten im Gegenzug die Möglichkeit, sich etwa als Pfleger oder Lehrer zu versuchen. Der Zukunftstag ist ein Projekt von Gleichstellungsfachstellen und -kommissionen sowie der Stadt Bern und Liechtenstein. Er wird in 17 Kantonen durchgeführt und ist ein Kooperationsprojekt zwischen Schule, Arbeitswelt und Elternhaus. (sda)

VOLKSBLATT.LI

Blasmusik Die Harmoniemusik Balzers wird um 20.15 Uhr ihr traditionelles Herbstkonzert präsentieren. Der Verein ist über die Grenzen hinaus für seine Spielkunst bekannt.

Jazz Zur gleichen Zeit spielt in der Tangente in Eschen das Asaf Sirkis Trio.

Fotogalerien Auch heute finden Sie Fotogalerien zu Veranstaltungen in Liechtenstein und Umgebung auf www.volksblatt.li.

Wetter Zuerst bewölkt, am Nachmittag vermehrt Sonne.
Seite 26



Heute



Krankenkassen Regierung informiert über künftige Prämien

In einer Pressekonferenz werden Regierungsrat Mauro Pedrazzini, Peter Gstöhl, Leiter des Amtes für Gesundheit, und Donat P. Marxer, Präsident des Krankenkassenverbandes, über die im Jahr 2014 zu erwartenden Krankenkassenprämien berichten.

Inhalt

Inland	2-10	Kultur	23-25
Politik	14	Kino/Wetter	26
Wirtschaft	15-18	TV	27
Sport	19-22	Panorama	28

Fr. 2.00

www.volksblatt.li

Verbund Südostschweiz



ANZEIGE

Weniger Umfang,
mehr Meinung:
Das «Volksblatt»

Volksblatt
Im alten Riet 103
FL-9494 Schaan
+423 237 51 51
www.volksblatt.li

Schwerpunkt Regierungserklärung zur Steuerkooperation

Erbprinz Alois betont: «Regierungserklärung hat meine volle Unterstützung»

Zustimmung Erbprinz Alois lobt den von der Regierung eingeschlagenen Weg ausdrücklich. Es sei wichtig, proaktiv zu sein, Klarheit für die Kunden zu schaffen und sich insbesondere im Interesse der Kunden konstruktiv in den Prozess einzubringen, sagt der Thronfolger.

VON MICHAEL BENVENUTI

Fürst Hans-Adam II. hatte sich bereits im Sommer im «Volksblatt»-Interview für den automatischen Informationsaustausch ausgesprochen: Am Ende könnte ein solcher als internationaler Standard für Liechtenstein sogar positiv sein, da das gegenwärtige System einen grossen Aufwand mit sich bringe: «Wir sollen kontrollieren, ob unsere Kunden ihre Steuern bezahlt haben», sagte er: «Mit dem Informationsaustausch haben die anderen das Problem, die müssen sich durch diese gigantische Datenmenge kämpfen.» Da werde die «Kavallerie des Herrn Steinbrück bald zum Stillstand kommen», argumentierte der Landesfürst. Auch Prinz Max, CEO der Fürstenbank LGT, sieht den automatischen Informationsaustausch als Chance, wie er im Juni festhielt: «Wenn der automatische Informationsaustausch mit der EU kommt, wird das für uns die Möglichkeiten verbessern, Geld aus EU-Ländern anzuziehen – weil dann wieder rechtliche Sicherheit herrscht.» Nur sollten die neuen Regelungen möglichst bald kommen und nicht zu bürokratisch sein, forderte er damals und sagte in Anspielung auf die Zumwinkel-Affäre und deren Folgen: «Es ist wie so oft im Leben: Was einen nicht umbringt, macht einen stärker (...) Die Leute konzentrieren sich oft auf die



«Wir können diesen Prozess nicht aufhalten, selbst wenn wir dies wollten.»
ERBPRINZ ALOIS
THRONFOLGER

Bedrohungen, aber es gibt immer mehr Chancen als Bedrohungen.»

Erbprinz: «Besser, proaktiv zu sein»

Gestern räumte Erbprinz Alois die letzten Zweifel aus, wie das Fürstenhaus zu den jüngsten Entwicklungen in Sachen Steuerkooperation steht. «Die Regierungserklärung hat meine volle Unterstützung», betonte der Thronfolger auf «Volksblatt»-Anfrage. Die Amtshilfekonvention sei nach deren Unterzeichnung durch alle G-20 und fast alle OECD-Länder, inklusive die Schweiz, Österreich und Luxemburg sowie Singapur, mittlerweile zu einem internationalen Standard geworden. Liechtenstein müsse deshalb davon ausgehen, schrieb der Erbprinz, «dass angesichts der zunehmend koordinierten Zusammen-

arbeit der G-20, der EU und der OECD der automatische Informationsaustausch auch bald ein internationaler Standard sein wird, den Liechtenstein übernehmen muss». Liechtenstein könne diesen Prozess nicht aufhalten, selbst wenn es wollte, stellte das geschäftsführende Staatsoberhaupt klar: «Daher ist es besser, proaktiv zu sein, Klarheit für unsere Kunden zu schaffen und uns insbesondere im Interesse unserer Kunden in den Prozess konstruktiv einzubringen.» Gleichzeitig versprach Erbprinz Alois, dass sich Liechtenstein bei der Entwicklung des automatischen Informationsaustausches dafür stark machen werde, dass möglichst vertraulich mit Steuerdaten umgegangen werde und dadurch Kundendaten trotz des Informationsaustausches weitgehend geheim bleiben würden. Ausserdem werde Liechtenstein den automatischen Informationsaustausch nur mit jenen Staaten einführen, die über die dazu nötigen Grundlagen verfügen. «Die Vertraulichkeit im Umgang mit persönlichen Daten ist für uns dabei eine wichtige Grundlage», hielt Erbprinz Alois ausdrücklich fest: «Schliesslich wollen wir mit diesem Schritt Verhandlungen über weitergehende Steuerabkommen initiieren, bei denen unseren Interessen zur Beseitigung von Diskriminierungen und von Doppelbesteuerungen Rechnung getragen werden.»



Prognose
WTO: Schuldenskrise bremsst den Welthandel
Die europäische Schuldenkrise war in den vergangenen zwei Jahren eine Bremse für den internationalen Handel. Ob sich das Wachstum des Welthandels 2013 zum dritten Mal in Folge verkleinern wird, erörtert die Weltorganisation (WTO) heute im Rahmen einer Medienkonferenz in Genf.

Aussenhandel
Deutsche Exporte fallen überraschend
BERLIN Die deutschen Exporteure haben wegen Eurokrise und schlagender Weltwirtschaft einen unerwarteten Rückschlag erlitten. Ihr Umsatz fiel im Februar um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Die Unternehmen verkauften Waren im Wert von 88,7 Mrd. Euro ins Ausland und damit 2,8 Prozent weniger als im Februar 2012. Die Ausfuhren in die EU-Staaten fielen um 3,4 Prozent, die in die Auslandsländer sogar um 4,1 Prozent. Die Importe schrumpften noch stärker. Eingeführt wurden Waren im Wert von 71,9 Mrd. Euro, 5,9 Prozent weniger als im Vorjahresfebruar. Vergleichen mit Januar gab es einen Rückgang um 3,6 Prozent. (sda)

Konjunktur

Fürst Hans-Adam II: «Der Trend geht in Richtung Datenaustausch»

Bankgeheimnis Österreich und Luxemburg haben diese Woche ihren jahrelangen Widerstand gegen den automatischen Informationsaustausch über Konten von ausländischen Anlegern aufgegeben. Wien ist jetzt verhandlungsbereit. Der internationale Druck auf Liechtenstein, sein Bankgeheimnis zu liften, steigt ebenfalls, sagt Staatsoberhaupt Hans-Adam II.

Schon im Frühling 2013 sprach Fürst Hans-Adam II. über die Trends der Zukunft.

NEWSMIX

Seilbahnhersteller Doppelmayr setzt 20 Mitarbeiter frei
WOLFFURT – Die weltweit tätige Vorarlberger Seilbahnhersteller-Gruppe Doppelmayr baut am Firmensitz in Wolfurt infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 20 Mitarbeiter ab. Nach aktuellem Stand seien aber keine weiteren Massnahmen geplant, betonte am Donnerstag Unternehmenssprecher Ekkehard Assmann gegenüber der APA. Auch an den Standorten ausserhalb von Österreich werde man die Struktur prüfen und gegebenenfalls anpassen, sagte Assmann. Die betroffenen 20 Mitarbeiter sind im Bereich Produktion und Technik tätig. Die Kündigungen werden laut Assmann per Ende März bzw. Ende Juni wirksam. Kurzarbeit sei für Doppelmayr auch wegen des Geschäftsfelds keine Alternative. (apa)

Neues Angebot im «ins-tura»-«Science Center» eröffnet
DORNBERN – Das Vorarlberger Naturkundemuseum «ins-tura» in Dornbirn erweitert sein Angebot ab heute um ein «Science Center», in dem Kindern und Jugendlichen die Welt der Technik nähergebracht werden soll. In sechs Zonen mit über 40 einzelnen Stationen erhalten die Besucher Einblicke in physikalische, technische und mechanische Phänomene. Besonders Augenmerk wurde auf das Zusammenspiel von Natur und Technik gelegt. (apa)

INHALT

Inland	2-3	Kultur	26
Ausland	18	Wirtschaft	27
Wirtschaft	11-14	TV	77

Neuer sauberer Finanzplatz

Liechtenstein lockert Bankgeheimnis im Kampf gegen internationale Steuerflucht

Regierungserklärung

Die wichtigsten Stellen im Wortlaut

- «Mit dieser Regierungserklärung bekräftigt Liechtenstein sein Bekenntnis zu den geltenden OECD-Standards zur steuerlichen Zusammenarbeit.»
- «Liechtenstein anerkennt die berechtigten Steueransprüche der Partnerstaaten. Gleichzeitig schützt Liechtenstein die berechtigten Interessen der Kunden des Finanzplatzes, wie das Recht auf Vertraulichkeit und Privatsphäre.»
- «Liechtenstein bietet an, sich aktiv auf Ebene der OECD und des Global Forums an der Entwicklung eines internationalen Standards zum Informationsaustausch zu beteiligen, der auf klaren Regeln, Berechenbarkeit und Gleichbehandlung aufbaut, die berechtigten Interessen aller Beteiligten respektiert und Diskriminierungen ausschliesst.»
- «Liechtenstein ist bereit, bilaterale Vereinbarungen zum automatischen Austausch von Steuerinformationen auf Basis des zukünftigen OECD-Standards und unter Beachtung der jeweiligen berechtigten Interessen mit Staaten abzuschliessen,

Verhandlungen mit USA

FATCA-Abkommen vor dem Abschluss

VADUZ Die Verhandlungen zwischen Liechtenstein und den USA zur Umsetzung des US-Steuergesetzes FATCA könnten in den nächsten Wochen erfolgreich abgeschlossen werden: Das erklärte Regierungschef Adrian

welche über die Grundlagen für diesen transparenten Ansatz verfügen.»

- «Liechtenstein ist offen, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, welche die berechtigten Interessen der Kunden des Finanzplatzes schützen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Vertraulichkeit der persönlichen Daten zu.»
- «Liechtenstein ist ein aktives Mitglied des Globalen Forums über Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen (Global Forum) und erneuert mit der vorliegenden Erklärung sein Bekenntnis, dessen Empfehlungen vollständig umzusetzen.»
- «Liechtenstein wird die Multilaterale Amtshilfekonvention am 21. November 2013 unterzeichnen und bestätigt damit seine Bereitschaft zur steuerlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage von international breit abgestützten Standards.»
- «Liechtenstein geht davon aus, dass der automatische Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten der internationale Standard der Zukunft sein wird. Insbesondere die OECD, die G-20 und die EU arbeiten auf dieses Ziel hin.»
- «Liechtenstein ist bereit, Vereinbarungen zum automatischen Informationsaustausch auf Basis des zukünftigen OECD-Standards mit Staaten abzuschliessen, die über die Grundlagen für diesen vollumfänglich

transparenten Ansatz verfügen. Besonders Augenmerk richtet Liechtenstein dabei auf die G-5-Länder Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, Italien sowie Spanien und deren Pilotprojekt.»

- «Erst ein weltweiter Standard leistet Gewähr für gleiche Wettbewerbsbedingungen für die verschiedenen Finanzplätze und für die globale Wirksamkeit neuer Massnahmen.»
- «Liechtenstein unterstützt die OECD nachdrücklich darin, dass internationale Zusammenarbeit zu einheitlichen Normen und damit grundsätzlich zu einer Vermeidung von Doppelbesteuerung von Erträgen aus grenzüberschreitenden Tätigkeiten führen muss. Klare Regeln, Berechenbarkeit und Gleichbehandlung schaffen Rechtssicherheit und Planbarkeit sowohl für Staaten als auch für Unternehmen und Privatpersonen.»
- «Liechtenstein ist überzeugt, dass eine wirksame steuerliche Zusammenarbeit mehr Elemente als den Informationsaustausch umfasst. Liechtenstein hat sein Netzwerk an DBA in den vergangenen Jahren laufend erweitert und verfügt darüber hinaus über die notwendigen Erfahrungen mit verschiedenen massgeschneiderten Modellen zur Sicherstellung der Steuerkonformität (...)»

Hasler gestern im Rahmen der Pressekonzferenz zur internationalen Steuerkooperation. Mit dem Gesetz «Foreign Account Tax Compliance Act» (FATCA) verpflichten die USA ab 2014 ausländische Banken dazu, Konten von US-Kunden den US-Steuerbehörden zu melden. Wie Regierungschef Hasler bereits Anfang Oktober in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage ausführte, erarbeitet eine Arbeitsgruppe

derzeit ausserdem die Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen hinsichtlich eines umfassenden Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA. «Dies entspricht einem immer wieder vorgebrachten Bedürfnis des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein», betonte Hasler. Zu einer etwaigen Verhandlungsaufnahme könne in zeitlicher Hinsicht aber noch keine Angaben gemacht werden. (mb)



Die Präsentation der Regierungserklärung in Vaduz stiess gestern auf grosses Medieninteresse. (Foto: Michael Zanghellini)

Treuhänder hoffen auf Verhandlungserfolge

Stellungnahme Für die Treuhändervereinigung (THV) kam die gestern veröffentlichte Erklärung wenig überraschend. Nun gehe es darum, für Liechtenstein Vorteile auszuhandeln.

VON MARTIN HASLER

Die THV, die sich in der Vergangenheit oftmals über mangelnden Einbezug beschwert hatte, sei an der Ausarbeitung der Erklärung beteiligt gewesen. Das teilte sie gestern den Medien mit: «Wir konnten so dazu beitragen, dass die künftigen Entwicklungen für Kunden und Dienstleister des hiesigen Finanzplatzes zumindest berechenbar und planbar geworden sind.» Die Treuhänder erwarten sich von der Unterzeichnung der Amtshilfekonvention «keine unmittelbaren Konsequenzen auf die Kunden des Finanzplatzes». Liechtenstein positioniere sich als «zukunftsorientierter Finanzplatz, der auch weiterhin in der Lage ist, den berechtigten Bedürfnissen seiner Kunden (...) opti-

mal zu entsprechen». An die bilateralen Verhandlungen mit anderen Staaten und die allfällige Einführung des automatischen Informationsaustausches knüpft die THV klare Erwartungen. «Wir nehmen die Regierung beim Wort, dass sie sich in diesen Verhandlungen, wie angekündigt, für die berechtigten Interessen des Finanzplatzes und dessen Kunden stark machen wird.» Besonders wichtige Punkte seien in dieser Hinsicht der Schutz der Privatsphäre sowie die Abschaffung von Ungleichheiten in der Doppelbesteuerung. Nur bei einer Berücksichtigung dieser Fragen dürften Abkommen abgeschlossen werden, mahnt die THV und hofft: «Wir erwarten deshalb auch, dass Experten der Finanzdienstleistungsverbände die Verhandlungen begleiten.»

rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für alle involvierten Akteure nachhaltig geregelt». Die Erklärung stärke die Reputation des Finanzplatzes, die für die Versicherungsbranche zentral sei. Kombiniert mit Stabilität und Rechtssicherheit, Sorge sie für ein «Grundvertrauen in den Standort» Liechtenstein. (mh)

Versicherungsverband Unterstützung für Regierungserklärung

VADUZ Der Versicherungsverband (LVV) teilte gestern mit, dass er den von der Regierung eingeschlagenen Weg unterstütze. Damit würden «die

«Konsequente Fortführung»

Bankenverband begrüsst Stossrichtung der Regierung

VADUZ In einer Aussendung bekräftigte die Führung des Bankenverbands (LBV) gestern, dass sie die Regierungserklärung begrüsst. LBV-Geschäftsführer Simon Tribelhorn wird in der Mitteilung folgendermassen zitiert: «Der LBV war eng in die Ausarbeitung der Regierungserklärung eingebunden und trägt diese vollständig mit.» Diese sei das Ergebnis einer gemeinsam entwickelten Finanzplatzstrategie basiere. In diesem Sinne hätten sich die Banken bereits im August zu «einheitlichen Mindeststandards in Bezug auf die anzuwendenden Sorgfaltspflichten hinsichtlich der Steuerkonformität ihrer Kunden verpflichtet».

An neuen Standards mitarbeiten

An einer transparenter werdenden Welt führe kein Weg vorbei - davon sei der LBV bereits seit Längerem überzeugt. «Der automatische Informationsaustausch wird schon bald zum internationalen Standard, dem sich kein moderner Finanzplatz entziehen kann», wird LBV-Präsident Adolf E. Real in der Mitteilung zitiert. Mit der gestrigen Erklärung

hätten sich Regierung und Banken entschieden, bei der Entwicklung dieser Standards aktiv mitzuarbeiten, so Real. Weiter heisst es in der Mitteilung, der LBV mache sich für einen Ansatz



«An der Steuerkonformität führt kein Weg vorbei.»

ADOLF E. REAL
LBV-PRÄSIDENT

stark, «der praktikabel und effektiv umsetzbar ist, auf klaren Spielregeln beruht, die berechtigten Interessen aller Beteiligten mitberücksichtigt und Diskriminierungen ausschliesst». Eine ganzheitliche Vorgehensweise müsse auch die Regularisierung der Vergangenheit sowie der Vermeidung doppelter Besteuerung umfassen. Abschliessend zeigt sich der LBV überzeugt

davon, dass die Position des Landes sowohl die Ansprüche anderer Staaten als auch die Kundenbedürfnisse berücksichtige. «Der Bankenverband ist ferner davon überzeugt, dass Liechtenstein damit seine internationale Position als gleichwertiger, zuverlässiger und vertrauenswürdiger Partner und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort weiter stärkt.» LBV-Präsident Adolf E. Real betonte dabei, der inländische Bankenplatz habe sich längst an einer Zukunft «jenseits der Steuerdiskussion» ausgerichtet. (mh)

Pressestimmen

«Abschied vom Bankgeheimnis»

«In Steuerfragen ist Liechtenstein so etwas wie ein vorläufiger Indikator - was im Fürstentum Form annimmt, wird meist früher oder später auch in der Schweiz zum Standard. (...) Erneut hat sich nun das Fürstentum zu einem beherzten Schritt in eine neue Finanzzukunft entschlossen. Die Schweiz wird gut daran tun, die Zeichen der Zeit ernst zu nehmen.»

ERMES GALLAROTTI, «NZZ» ONLINE

«Das Fürstentum Liechtenstein verabschiedet sich endgültig von seinem Bankgeheimnis. Die Regierung des kleinen Alpenstaats kündigte am Donnerstag an, am 21. November ein internationales Abkommen zur Verhinderung von Steuerflucht zu unterzeichnen.»

«DIE WELT» ONLINE

«Zum automatischen Informationsaustausch meinte Tschütscher damals, man könne sich schon fragen, ob er in Teilbereichen mitunter nicht effizienter und für uns attraktiver wäre, weil dann der betroffene Staat selbst alle steuerlichen Qualifikationsfragen vornehmen muss und auch den Aufwand hat. Wie der heutige Schritt der Regierung unter Tschütschers Nachfolger Adrian Hasler zeigt, hat sich diese Sichtweise mittlerweile vollends durchgesetzt.»

«BASLER ZEITUNG»/NEWSNET